



Deutsche essen weniger Fleisch, zugleich nimmt Massentierhaltung stark zu

Deutsche essen weniger Fleisch, zugleich nimmt Massentierhaltung stark zu
Der Fleischkonsum geht in Deutschland nach Recherchen des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) immer weiter zurück, aktuell um 1,3 Prozent im Zeitraum von Januar bis Oktober 2014. Das entspricht rund einem Kilogramm weniger Fleischverbrauch pro Kopf gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Zugleich ist das Ausmaß der industriellen Tierhaltung gegenüber 2013 stark gestiegen, insbesondere in der Hühnerhaltung. Noch nie wurde in Deutschland so viel Geflügelfleisch produziert wie heute: Im Jahr 2014 werden nach Hochrechnungen insgesamt fast 980.000 Tonnen Hähnchenfleisch verarbeitet. Damit werden 2014 sieben Prozent mehr Masthühner zu Fleisch verarbeitet als im Vorjahr, oft nach leidvollen Transporten aus anderen Ländern. Gleichzeitig werden Mastanlagen hierzulande immer größer. In Massentierhaltungen wurden dieses Jahr rund fünf Prozent mehr Hühner gemästet als 2013. Unterdessen kauften Verbraucher mehr Lebensmittel aus ökologischer Tierhaltung. Der Verbrauch konnte jedoch - insbesondere bei Bio-Fleisch von Schwein und Rind - nicht aus heimischer Erzeugung gedeckt werden. "Die Agrarindustrie in Deutschland produziert Fleischberge zu Dumpingpreisen, vorbei an der Nachfrage", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. "Fleisch ist deshalb so billig, weil die Tiere nicht artgerecht gehalten und ernährt werden. Ohne Rücksicht auf Bauern, Tiere und Verbraucher unterstützt die Agrarpolitik direkt oder indirekt diese Produktion. Sowohl die Umwelt- als auch die Gesundheitskosten werden auf die Allgemeinheit abgewälzt", so der BUND-Vorsitzende. "Fleisch und Milch gehen zu immer größeren Anteilen in den Export, die Gülle aber bleibt hier und belastet oftmals unsere Gewässer mit Nitrat. Dieser entfesselte Markt produziert gewaltiges Tierleid und extrem hohe Umweltkosten. Verbraucher haben das Billigfleisch satt und müssen dennoch die indirekten Kosten auch für Exportfleisch zahlen", sagte Weiger. "Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind offensichtlich klüger als Industrie und Politik", sagte Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Der sinkende Verbrauch zeige, dass immer mehr Menschen die schädlichen Folgen der industriellen Fleischproduktion und die Verschwendung vermeiden wollten. Das sei jedoch nicht einfach, denn schon jetzt würden immer größere Mengen der Fleisch- und Tierproduktion auch als industrieller Rohstoff verwendet. "Fleisch und andere tierische Produkte werden für die Herstellung von Haustierfutter, Gesichtscrème oder von so genanntem Biokraftstoff in der Energiewirtschaft verwendet", so Unmüßig. "Diese Sektoren profitieren davon, dass Sozial- und Umweltkosten der Massentierhaltung nicht eingepreist sind. Die hiesige Fleischindustrie nimmt zudem in den Ländern des globalen Südens für Futtermittel riesige Agrarflächen in Anspruch, die dort für die heimische Nahrungsmittelproduktion fehlen. Damit öffnet sich die Schere zwischen jenen, die verschwenden können, und den Menschen, die nicht genug zu essen haben, immer weiter", so Unmüßig. Die Bundesregierung sei maßgeblich für die Dumpingpreise für Fleisch und Milch mitverantwortlich, wenn sie dem Markt keine wirksamen Regeln setze, kritisieren BUND und Heinrich-Böll-Stiftung. Die ruinösen Erzeugerpreise bremsen Tierschutzinitiativen aus und rissen auch Fleisch aus ökologischer Landwirtschaft in den Preisstrudel. So könne das Ziel der Bundesregierung von 20 Prozent Ökolandbau nicht erreicht werden. Dies sei jedoch dringend notwendig, unter anderem um der steigenden Nitratbelastung des Grundwassers Einhalt zu gebieten. BUND und Heinrich-Böll-Stiftung mahnten eine strenge Düngeverordnung und wirksame Tierschutzregeln an. Die Regierung müsse regionale Produktion und Vermarktung aus ökologisch-bäuerlicher Erzeugung angemessen fördern. Für 17. Januar 2015 ruft ein breites Bündnis aus Bauern und Verbrauchern zur "Wir haben es satt"-Demonstration in Berlin auf. Weitere Informationen: www.bund.net/wir_haben_es_satt
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Telefon: 030 / 27 58 64 - 0
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40
Mail: bund@bund.net
URL: <http://www.bund.net>

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.